

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Gesetzantrags an den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 8:

Einsetzung Kuratorium „Louise-Schroeder-Medaille“ für die 18. Wahlperiode

Vorlage

Drucksache [18/0347](#)

Wer der Einsetzung des Kuratoriums „Louise-Schroeder-Medaille“ auf der Grundlage der Drucksache 18/0347 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Ich bitte um eine schnellstmögliche Benennung der Kuratoriumsmitglieder sowie der Stellvertreter, soweit noch nicht geschehen.

Die Tagesordnungspunkte 9 bis 11 stehen auf der Konsensliste.

Ich komme nun zu

lfd. Nr. 12:

Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 27. April 2017

Drucksache [18/0314](#)

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [18/0238](#)

In der Beratung beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Frau Kollegin Burkert-Eulitz, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Immer noch ist der soziale Hintergrund dafür entscheidend, welche Aufstiegschancen ein Kind hat. Wir Grünen wollen eine Schule, die niemanden zurücklässt, auf individuelle Bedürfnisse eingeht und allen Kindern einen guten Start in die Zukunft ermöglicht. Mit einem strukturell unterfinanzierten Bildungssystem werden wir dieses wichtige Ziel jedoch nicht erreichen. Deswegen müssen wir Bildung endlich nachhaltig finanzieren. Hierzu muss das Kooperationsverbot aufgehoben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern im Grundgesetz verankert werden.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Nicht nur im Bereich der klassischen Schulbildung stehen wir vor Herausforderungen. Inklusion, interkulturelle Bildung, frühkindliche Bildung, Bildung für Geflüchtete und Medienkompetenz in Zeiten des digitalen Wandels sind nur einige Themen, die auf der bildungspolitischen Agenda stehen.

[Gunnar Lindemann (AfD): Oh!]

Auch Berufsbildung und Weiterbildung sind in Zeiten von Fachkräftemangel und lebenslangem Lernen wichtiger denn je. Bildung ist der Grundstein für unsere Gesellschaft und ist als staatliche Aufgabe sehr viel breiter und komplexer geworden.

[Gunnar Lindemann (AfD): Dann verbessern Sie doch die Standards in Berlin!]

Die Einführung des Kooperationsverbots im Jahr 2006 hat dazu geführt, dass bei der Bildung Abstriche gemacht werden. Die Einführung hat sich – wie wir Grünen übrigens schon damals vorausgesagt haben – als fatale Fehlentscheidung erwiesen. Gravierende Nachteile für Bildung und Wissenschaft waren die Folgen dieser Entscheidung. Mehr als ein Jahrzehnt später gibt es nicht nur in Berlin, sondern bundesweit Widerstand gegen das Kooperationsverbot. Sei es auf der Bundesebene, in Landesparlamenten oder in den Kommunen – der Protest gegen das Kooperationsverbot besteht fort.

Ich erinnere mich an die Rede von Frau Bentele im April. Da gab es noch eine eher abschlägige Haltung der CDU. Falls Sie es nicht mitbekommen haben: Gestern wurden auch von Ihrer CDU in den Bund-Länder-Verhandlungen erste Schritte dafür unternommen. Zukünftig kann finanzschwachen Gemeinden im Schulbau auch vom Bund unter die Arme gegriffen werden. Dazu werden auch CDU und CSU mitzeichnen. Wie ich schon sagte, Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Dies haben nun auch die CDU-mitregierten Länder und Kommunen entdeckt. Deswegen würden wir uns wünschen, dass Sie heute in der Abstimmung auch entsprechend positiv entscheiden. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Bettina Domer (SPD)]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Frau Kollegin! – Für die CDU-Fraktion Frau Bentele!

Hildegard Bentele (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Koalition! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass es sich bei diesem Antrag um Wahlkampfgetöse handelt; denn über Veränderungen im Kooperationsverbot werden wahrscheinlich keine Bundsratsinitiativen entscheiden, sondern Koalitionsverhandlungen.